

Draussen vor der Tür? : Die Schweizer Künstler und Europa

Autor(en): **Meszmer, Alex**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Kunst = Art suisse = Arte svizzera = Swiss art**

Band (Jahr): **113 (2011)**

Heft -: **Kunst und Politik = Art et politique = Arte e politica = Art and politics**

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-625530>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

8. DRAUSSEN VOR DER TÜR?

Die Schweizer Künstler und Europa

- 01 *Alex Meszmer* Die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Union regeln die Bilateralen Verträge, welche vor allem durch wirtschafts-, finanz- und sicherheitspolitische Fragen geprägt sind. Auch wenn die Kultur gerne erwähnt wird, hat bisher allein die Filmwirtschaft einen Zugang zu Förderprogrammen der EU. Die Schweizer Künstlerinnen und Künstler sind nicht nur von den EU Förderprogrammen ausgeschlossen, es fehlt der bildenden Kunst an einer politischen Lobby, um überhaupt erst die Sensibilität für Alltagsprobleme von Künstlerinnen und Künstlern auf politischer Ebene zu schaffen.
- 02 Wie dringend die politische Intervention auf europäischer Ebene ist, wird deutlich, wenn man sieht, welche Auswirkungen Verordnungen der EU – die ohne die Möglichkeit der Mitbestimmung von Seiten der Künstlerschaft erlassen wurden – auf den Alltag von Künstlerinnen und Künstlern haben. Die Brüsseler Verordnung 731/2010 sei eine «logische und normale Zollverordnung», so der Sprecher des EU Steuerkommissars Davis Boubilil. Sie klassifiziert Einzelteile von Installationen als Elektronikmaterial und legt fest, dass diese vom Zoll mit einer Mehrwertsteuer von 20% statt mit dem reduzierten Satz von 5% belegt werden – wohlgemerkt auf den Kaufpreis des Kunstwerks und damit auf den Kunstwert und nicht den Materialwert. So hat der EU Steuerkommissar den Fünfer und das Weggli und legt eine eigene Definition für Kunst fest – das alles, weil ein Zollbeamter eine Lichtskulptur von Dan Flavin mit einer Lieferung Glühbirnen verwechselte.
- 03 Diese Verordnung hat weitreichende Folgen für Ready Mades und Installationen, denn sowohl Künstler, Sammler als auch Museen sehen sich damit einer Erhöhung der Zollgebühren um 300% ausgesetzt. Erst einmal erlassen, kann an Verordnungen so schnell nicht mehr gerüttelt werden; es braucht sehr viel mehr Anstrengungen um Änderungen und Einsicht zu erreichen. Da tröstet es kaum, dass auch der deutsche Bundeskulturminister über die neue Verordnung erst aus den Medien erfuhr – und nicht, wie man sich denken könnte, dass die EU Behörden Rücksprache mit den Ländern gehalten hätten, bevor die Verordnung erlassen wurde.
- 04 Die Verordnung 731/2010 zeigt beispielhaft, was es längerfristig bedeuten wird, wenn die bildenden Künstlerinnen und Künstler nicht beginnen, ihren Einfluss geltend zu machen, auf europäischer Ebene Diskussionen auszulösen und politische Forderungen zu stellen. Und wie wichtig die europäische Ebene für uns Schweizer Künstler ist, zeigt die Zollproblematik: Bei einem Gespräch mit der Eidgenössischen Zollverwaltung in Bern auf der Suche nach

Lösungen für die Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern und ihren Werken in Europa, können die Vertreter des Schweizer Zolls der visarte nur eines raten: Gehen Sie nach Brüssel, denn die eidgenössische Zollverwaltung kann gar nichts ausrichten. Da die Zollverwaltung der EU Mitgliedsstaaten Ländersache ist und jeweils unterschiedlich gehandhabt wird, kann eine einheitliche Regelung nur über die EU-Ebene geschehen.

- 05 Für einen solchen Vorstoss braucht es einen gut vernetzten Kreis von Verbündeten auf europäischer Ebene, denn ein verstreutes Häuflein Schweizer Künstlerinnen und Künstler, das vor den Toren Brüssels Forderungen stellt, wird wohl kaum ernst genommen werden. Proteste gegen die Verordnung 731/2010 wurden an die EU vor allem durch Museums- und Kunstmarktvertreter gerichtet; von Seiten der Künstlerinnen und Künstler blieb es bisher ruhig – und es ist unklar, ob andere nationale Künstlerverbände ausser den Deutschen und Schweizern das Inkrafttreten der neuen Verordnung überhaupt bemerkt haben. Die meisten Künstlerorganisationen (in anderen europäischen Ländern) sind mit nationalen Problemen beschäftigt, und ihr Blick auf die europäische oder die internationale Ebene ist getrübt.
- 06 Es fehlen Visionen und die Weitsicht zur Durchsetzung und Vertretung von wichtigen Forderungen gegenüber der Politik. Es ist höchste Zeit, sich auf dem europäischen Parkett umzuschauen, Netzwerke, Verbände und Möglichkeiten zur Kooperation zu prüfen, um die Belange von Künstlerinnen und Künstlern auf politischer Ebene deutlich zu machen.
- 07 Ein Zollzertifikat für Künstlerinnen und Künstler zum erleichterten Transport ihrer Werke über die Grenzen gibt es seit den 1950er Jahren, und es wird eigentlich durch die Vertreterorganisationen der AIAP/IAA (Association Internationale des Arts Plastiques / International Association of Arts) ausgestellt. Die AIAP/IAA ist eine NGO (Non-Governmental Organization), deren Gründung von der UNESCO in den 1950er Jahren angeregt wurde. Das Zollzertifikat bezieht sich auf das Abkommen von Florenz von 1950, das Künstlern zusichert, keine Zollgebühren bei Grenzübertritten leisten zu müssen – es befreit hingegen nicht von der Mehrwertsteuer. Das Zertifikat ist bei Zollbehörden weitgehend unbekannt, auch wenn es damit ausgestattete Künstler an der Grenze mit einem offiziellen Hauch auftreten lässt. Der AIAP/IAA-Ausweis, der Künstlerinnen und Künstlern freien Eintritt zu Museen ermöglichen soll, und das Zollzertifikat für Kunstwerke sind Errungenschaften in Zusammenarbeit mit der UNESCO. Die Struktur des internationalen Verbands, ein Zusammenschluss von 90 Künstlerorganisationen, die in fünf Weltregionen (Europa, Lateinamerika und Karibik, Asien und Pazifikregion, Afrika, Arabische Staaten) aufgeteilt ist, bereitet zunehmend Probleme. Jedes Land kann nur durch ein Nationalkomitee in der AIAP/IAA vertreten sein. Falls mehrere Verbände in einem Land existieren, müssen sich diese zusammenschliessen oder arran-

gieren. Diese Organisationsform steht den Entwicklungen der Kunstwelt und des Kunstmarkts entgegen, und auf nationaler Ebene ergeben sich Schwierigkeiten, wenn Organisationen beginnen sich gegenseitig zu bekämpfen, wie es in den letzten Jahren in Frankreich der Fall war. Solche Auseinandersetzungen schaden dem internationalen Verband, nationale Institutionen nehmen Abstand von ihm und dadurch werden AIAP/IAA-Ausweise nicht mehr anerkannt. Politische Forderungen und Lobbyarbeit für Künstlerinnen und Künstler sucht man in den Reihen der AIAP/IAA vergebens, und es ist bestürzend, dass die einzige Organisation, die die Interessen von bildenden Künstlerinnen und Künstlern auf europäischer Ebene und international vertritt, sich Struktur- und Statutendebatten hingibt statt ihre Möglichkeiten der politischen Einflussnahme zu nutzen.

- 08 Die IGBK (Internationale Gesellschaft für Bildende Künste) in Berlin ist der Dachverband der deutschen Künstlerverbände Künstlerbund, BBK (Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler) und GEDOK (Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstförderer) und ein Kooperationspartner der visarte. In Zusammenarbeit mit der IGBK konnte die visarte an verschiedenen Expertentreffen und Tagungen zur Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern teilnehmen. Als politische Vertretung ist jedoch auch die IGBK primär national ausgerichtet, kooperiert aber mit verschiedenen europäischen Verbänden.
- 09 Das ECA (European Council of Arts) ist der Zusammenschluss von Kulturverbänden aus 27 europäischen Ländern und wurde 1995 in Dänemark nach dem Vorbild der skandinavischen Kulturverbände gegründet, die als Dachverbände politisch tätig sind – ähnlich der Organisation der Suisseculture. ECA versteht sich als Interessenvertretung für professionell tätige bildende Künstler, Theaterschaffende und Schriftsteller auf europäischer Ebene. Bei den jährlichen Konferenzen des ECA werden allgemeine Themen zu Kunst und Kultur aufgenommen und Empfehlungen für die Politik ausgearbeitet. Im letzten Jahr standen die Themen Kulturförderung und künstlerische Freiheit auf der Tagesordnung und in diesem Jahr wird darüber diskutiert, wie Künstlerinnen und Künstler nach der Finanzkrise zur Überwindung von Krisen beitragen. Die Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern, die Grenzen zwischen Kunst und Realität, Europa und die kulturelle Vielfalt sind weitere Themen, denen sich das European Council of Artists in den letzten Jahren widmete.
- 10 EVA (European Visual Artists) ist der europäische Dachverband von 25 Urheberrechtsgesellschaften (darunter auch die ProLitteris); er nimmt die Interessen der Mitglieder gegenüber der europäischen Union wahr und kooperiert mit UNESCO und WIPO (World Intellectual Property Organization). Als Vertretung der Produzenten wird European Visual Artists von der Politik auch als Interessenvertretung für Künstlerinnen und Künstler wahrgenommen. Die Un-

terscheidung, dass EVA die Urheberrechtsgesellschaften der einzelnen Länder vertritt und vor allem für die Urheberrechte zuständig ist, jedoch nicht allgemein für die Rechte von Künstlerinnen und Künstlern, wirkt anscheinend verwirrend für Politiker und es bedarf der Aufklärung.

11 Culture Action Europe (CAE) ist ein Zusammenschluss von mehr als hundert Verbänden und Organisationen aus ganz Europa und repräsentiert über 50'000 Kulturschaffende. Lokale, regionale, nationale und europäische Kulturplayer aus vierzehn verschiedenen Disziplinen sind im professionell arbeitenden Netzwerk vertreten. Culture Action Europe hat ein Sekretariat in Brüssel und versteht sich als Kultur- und Lobbyorganisation, die für Kunst- und Kulturschaffende auf europäischer Ebene politisch aktiv ist. Die Organisation fusst auf dem Glauben, dass öffentliches Investment in Kultur und Kunst zu einem nachhaltigen Europa und dessen Zusammenhalt beiträgt, und dass der Zugang zur Kunst und die Partizipation am kulturellen Leben ein Grundrecht jedes europäischen Bürgers ist.

12 Die visarte ist Culture Action Europe in diesem Jahr beigetreten, was von seiten der CAE sehr begrüsst wurde, denn «Künstlerorganisationen seien auf der europäischen Ebene untervertreten.» Deswegen ist es umso wichtiger mit europäischen Kulturverbänden aktiv zu kooperieren und mit Weitsicht Strategien zu erarbeiten, die auch eine Rückwirkung auf die Politik haben können.

8.1 DEHORS ? – LES ARTISTES SUISSES ET L'EUROPE

01 *Alex Meszmer* Les artistes suisses ne sont pas seulement exclus des programmes d'encouragement de l'UE, il manque aux arts visuels un lobby politique qui puisse sensibiliser les milieux politiques aux problèmes quotidiens des artistes. L'urgence de l'intervention politique devient évidente lorsqu'on mesure les répercussions du nouveau règlement UE 731/2010 a, qui classe les composantes des installations dans le matériel électronique et dégrade de facto les arts de la lumière et des médias en les dépouillant de leur statut artistique.

02 Il faut un bon réseau d'alliés au niveau européen et un réseau d'associations pour défendre les intérêts des artistes au niveau politique.

03 L'AIAP/IAA (Association Internationale des Arts Plastiques / International Association of Art), seule organisation qui représente les intérêts des artistes visuels au niveau international, s'occupe de débats structurels et statutaires. EVA (European Visual Artists) est l'union des organisations de droit d'auteur européenne et représente les droits d'auteur, l'ECA (European Council of Arts) regroupe les fédérations culturelles européennes et CAE (Culture Action Europe) est une organisation pro-

fessionnelle de Lobbying pour les créateurs culturels. visarte coopère avec ces organisations et élabore des stratégies qui peuvent avoir un effet sur la politique.

8.2 FUORI DALLA PORTA – GLI ARTISTI SVIZZERI E L'EUROPA

- 01** *Alex Meszmer* Gli artisti svizzeri sono esclusi dai programmi europei di promozione artistica. Non solo, all'arte figurativa manca una lobby in grado di sensibilizzare la politica ai problemi reali e quotidiani degli artisti. L'urgenza di un intervento a livello politico è evidente soprattutto se si considerano le ripercussioni del regolamento UE n. 731/2010, che classifica i singoli componenti di installazioni video-sonore come materiale elettronico, negando di fatto all'arte mediale lo statuto di «arte».
- 02** Per difendere gli interessi degli artisti a livello politico occorre una fitta rete di alleati e di associazioni attivi a livello europeo.
- 03** Ci sarebbe L'AIAP/IAA (Association Internationale des Arts Plastiques / International Association of Art), l'unica organizzazione che rappresenta gli interessi degli artisti figurativi a livello internazionale, che ora però è occupata in dibattiti sulla struttura e lo statuto. Esistono poi l'EVA (European Visual Artists), che raggruppa le organizzazioni europee degli autori visivi e ne rappresenta i diritti, l'ECA (European Council of Arts), che riunisce le associazioni culturali europee, e la CAE (Culture Action Europe), un'organizzazione professionale di lobbying per gli artisti e gli operatori culturali. visarte si propone di collaborare attivamente con queste associazioni e di elaborare strategie che abbiano un impatto sulla politica.